

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 20 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.00 — Erscheint tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zingstergasse 14, II. Tel. 3446.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zingstergasse 14 Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden der 6spaltigen Zeitspalte mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 293.

Dresden, Montag den 19. Dezember 1910.

21. Jahrg.

Tabaksteuer und Tabakindustrie.

Wie vorausgesehen worden war, hat bekanntlich die neue Tabaksteuer bereits zahlreiche Tabakarbeiter brotlos gemacht und die kleinen Zigarrenfabrikanten schwer geschädigt. Aber wie die weitere Entwicklung in der Tabakindustrie infolge der hohen Besteuerung des Tabaks sich vollziehen werde, darüber herrschten bisher nur Vermutungen, die sich auf frühere Erfahrungen bei Einführung neuer Belastungen des Tabaks stützten. Deshalb ist es von besonderem Werte, daß Dr. L. Seyde in Dresden-Blasewitz in einer interessanten Abhandlung über die volkswirtschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung in der deutschen Zigarren- und Zigarettenindustrie, die als Heft 10 der Lübinger staatswissenschaftlichen Abhandlungen (Verlag von Ferdinand Enke, Stuttgart 1910) kürzlich erschienen ist, auch eine wissenschaftliche Untersuchung über den Einfluß der Tabaksteuer anstellt, wobei er zu Resultaten kommt, die alles das bestätigen, was von uns stets gesagt worden ist. Dr. Seyde weist nach, daß durch die Steuer die technische Entwicklung, das heißt die Erfindung und Einführung der besten Maschinen und damit eine Konzentration der gesamten Produktion in wenigen Betrieben beschleunigt werde, unter gleichzeitiger Vernichtung aller Kleinbetriebe. Die Unternehmer würden durch die Besteuerung mehr und mehr gedrängt, den Produktionsprozeß auf Kosten der Löhne zu verbilligen, bezw. aber die Handarbeit durch die maschinelle Arbeit zu ersetzen. Diese Entwicklung tritt bereits deutlich zu Tage, und da mit den neuesten Maschinen die besten Erfahrungen gemacht worden sind, sei zu erwarten, daß sie in nächster Zeit in eiligeren Schritten als bis heute vor sich gehe.

In der Zigarettenindustrie werden bereits 75 Proz. der Zigaretten maschinell hergestellt, das sind circa 4 170 504 000 Stück. Eine moderne Zigarettenmaschine leistet bequem 20 000 Stück am Tage; eine recht fleißige Zigarettenarbeiterin 2000; die Zigarettenmaschine ist mit drei Mädchen reichlich bedient; auf jeden Fall schaltet eine Zigarettenmaschine 80 bis 90 Arbeiter aus. Der jährliche Gesamtbedarf der bisher nicht maschinell hergestellten Zigaretten (circa 808 835 000) läßt sich somit von höchstens 80 Maschinen decken, mit circa 100 Personen Bedienung; bei rein großbetrieblichen und maschinellen Fabriken würden also nur circa 20 bis 500 Zigarettenarbeiter verbleiben gegen heute 13 918! Nun stehen dem allgemeinen Uebergang zur Maschine noch triftige Gründe entgegen. Aber die noch manuell hergestellten Sorten werden schon jetzt schrittweise zurückgedrängt.

Eine Dresdner Firma soll nach Einführung der Zigarettenbanderole neun große Zigarettenmaschinen angeschafft haben. Eine Münchner Firma fertigt jetzt auch die 3-W-F-Zigarette maschinell an; sie hat mit dieser großen Anhang gefunden und damit den Beweis erbracht, daß auch bessere Tabaksorten bereits heute nicht mehr wesentlich unter der technischen Verarbeitung leiden. Eine hannoversche Firma führte vor einem Jahre eine Maschine ein, um etwaigen Lohnbewegungen die Spitze bieten zu können! „Immer wieder liest man von Neueinführung von Maschinen“, sagt Dr. Seyde.

Weshalb geht die Entwicklung in der Zigarrenindustrie. Eine weltbekannte Firma in der Provinz Westpreußen hat 30 Verleto (Widelmaschinen) in Gebrauch und Dr. Seyde hat sich überzeugen können, daß ihre Erfahrungen mit denselben glänzend sind. Eine solche Maschine macht durchschnittlich etwa 5000 Widel pro Ton. Die Erfahrung hat ergeben, daß ein etwas gewandtes Mädchen schon am zweiten Tage 27 Widelformen pro Stunde füllt und nach achtstägiger Übung pro Stunde 700 tabellose Widel der schwierigsten Form an der Maschine herstellt. Die Widelmachine leistet also pro Woche 30 000 Widel, während ein fleißiger Sonderarbeiter mit seinem Widelmacher zusammen nur circa 2000 Zigaretten in der Woche fertigt bringt. Daß diese Maschine bisher noch nicht größere Verbreitung gefunden hat, führt Dr. Seyde darauf zurück, daß in kleineren Betrieben die technische Leitung fehlte, weshalb die Maschine nicht richtig funktionierte. In diesen Betrieben, wie der genannten westpreussischen Fabrik, ist ein Ingenieur angestellt, der für den ganzen Maschinenstand zu sorgen hat; bei kleineren Betrieben würde sich die Anstellung eines solchen Beamten nicht rentieren. Das größte Hindernis für das Vordringen der Widelmachine ist der Geschmack der Käufer, welche verschiedene Formen lieben. Aber auch dieses Hindernis wird von den Großbetrieben überwunden. Die vorhin genannte Firma, welche 30 Verleto in Betrieb hat, ist vom Detailhandel nicht abhängig, weil sie in mehreren deutschen Großstädten den Detailhandel selbst betreibt, sie besitzt allein in Berlin 90 Verkaufsstellen in günstigster Lage und dadurch kann sie — infolge des Ueberganges des Detailhandelsverdienstes — die Konkurrenz durch bessere Qualitäten schlagen und selbst den Geschmack und die Mode beeinflussen, so daß hier relativ mehr Lohnarbeit eintreten kann als bei den Fabriken, die nur auf die Detaillisten angewiesen sind.

Die zahlreichen Kleinbetriebe in der Tabakindustrie sind nach Seyde „jets das genaue Spiegelbild der modernen

großbetrieblichen Tendenz; nichts ist falscher, als aus ihrem Bestand die Tatsache der „Mittelstandsindustrie“ folgern zu wollen: denn diese Kleinbetriebe werden von ehemaligen Zigarren- und Zigarettenarbeitern gebildet, die durch die Maschinen ihre Stellen verloren haben und nun selbständig ihr Glück versuchen, eine arbeitslose Existenz führend.“ Die Entwicklung gehe in der Tabakindustrie den Weg, wie ihn Karl Marx gezeichnet. „Jeder unbefangene Beobachter sieht mit Sorge diese Entwicklung, die auf der einen Seite notwendig und nützlich ist, auf der anderen aber vernichtend wirkt. Möge dieser Zusammenhang rechtzeitig erkannt werden, um einer schweren Krise vorzubeugen.“

Diese Entwicklung liegt zwar im Wesen der kapitalistischen Produktion, aber aus der interessanten Untersuchung Seydes, der wir hier im einzelnen nicht weiter folgen können, geht hervor, daß die letzte Tabaksteuer den Anstoß zur größten Beschleunigung dieser Entwicklung gegeben hat. Eine gesunde Wirtschaftspolitik müsse deren „allergrausamsten Folgen“ vorbeugen, verlangt der Verfasser. In dieser Richtung lägen ein rechtzeitiges Verbot der Heimarbeit mit Unterstützung der Betroffenen, staatliche Versuche von Industrieversetzungen großen Stills in jene Gegenden, ferner Arbeitslosenunterstützung usw.

Von der Entwicklung des maschinellen Großbetriebs in der Tabakindustrie erwartet Seyde einen wesentlichen hygienischen Fortschritt für die Tabakarbeiter und die Käufer, was zweifellos zutrifft, und auch eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Aber dies wird doch nur eintreten, wenn die Arbeiter gut organisiert sind. Die Schließung und Befestigung der Organisation — das ist es, was die Arbeiter gegenüber dieser bevorstehenden Entwicklung zu ihrer Aufgabe machen müssen. Und nicht nur die Schließung der gewerkschaftlichen, sondern auch der politischen Organisationen. Denn daß das Endresultat dieser Entwicklung der Sozialismus sein müsse, scheint auch Dr. Seyde anzunehmen; wenigstens läßt sich das aus seinen Gedanken schließen. Unter anderem meint er auch einmal, bei Besprechung der gesundheitlichen Zustände in der Tabakindustrie, die allgemeine, zwangsweise Einführung der Saugstiche, was so „überaus nützlich“ wäre, würde wohl erst im Sozialismus möglich sein.

So beschleunigt die heutige Gesellschaft durch alle ihre Maßnahmen wider Willen die Entwicklung zum Sozialismus und wird dadurch, wie Marx gesagt hat, ihr eigener Leiden- gräber!

Kämpfe in der Studentenschaft.

An verschiedenen deutschen Universitäten hat der Gegensatz zwischen den konservativen studentischen Verbänden und der moderneren Freien Studentenschaft zu heftigen Kämpfen geführt. Es ist ein Zeichen der Zeit, daß auch bei diesen Auseinandersetzungen der studierenden Jugend jene Frage im Mittelpunkt der Erörterungen steht, die Herr v. Weismann jüngst als die wichtigste bezeichnet hat, die Frage des Verhältnisses zur Sozialdemokratie. Nun wird dieser Kampf natürlich nicht ausgeschlossen unter der Parole: Die Anhänger, die Gegner der Sozialdemokratie, denn erstens ist die Zahl der überzeugten Sozialdemokraten unter den Studenten infolge ihrer bürgerlichen Herkunft und Erziehung noch verhältnismäßig gering, und zweitens müssen die Studenten der meisten deutschen Vaterländer unsehbar mit ihrer Relegation und der Vernichtung ihrer Existenz rechnen, wenn sie sich offen zur Sozialdemokratie bekennen. So kommt es, daß sich der Streit zwischen den beiden studentischen Richtungen zu der etwas finstlich anmutenden Frage zwängt: Darf sich ein deutscher Student über das Wesen der Sozialdemokratie unterrichten oder muß er die Sozialdemokratie verdammen, ohne sie zu kennen?

Die Freie Studentenschaft steht auf dem Standpunkt, daß der Student als Lernender über alle politischen Richtungen im deutschen Volke so genau wie möglich unterrichtet werden soll. Von diesem Standpunkt ausgehend veranstaltet sie in verschiedenen deutschen Universitätsstädten Vortragszyklen, bei denen Vertreter aller Parteien, auch der Sozialdemokratie, zu Worte kommen. So hat Eduard Bernstein in diesem Jahre Vorträge vor den Studenten in Heidelberg und Marburg gehalten. Die Inkorporierten aber leben in dieser parteipolitischen Voraussetzungslosigkeit einen Verrat an der „nationalen Sache“, den sie, zum Teil von den akademischen Behörden unterstützt, mit allen Mitteln der Denunziation und der Proklamation bekämpfen. So hat neuerlich in Leipzig nach einem informatorischen Vortrag Bernsteins ein früherer Handelshochschullehrer namens Dr. Henrici Standal gemacht und für sein sündendes Betragen Deckung hinter einem Kaiser hoch gesucht, das er ganz unvermittelt in die Versammlung warf. Der Vorsitzende, ein nicht weniger als sozialdemokratisch gesinnter Herr, war über dieses provokatorische Treiben so empört, daß er den Redner unter allgemeinem Beifall aus dem Saale wies. Herr Henrici wandte sich nun mit einer Denunziation an den Rektor der Leipziger Universität, den bekannten Historiker Karl Lamprecht.

Er nannte die Bernstein-Versammlung eine revolutionäre Demonstration, bezeichnete den Vortragenden, dem der Vorsitzende „auffallend lang und herzlich für seinen Vortrag gedankt“, als „einen Herrn, der nur infolge Nichterwennung des gegen ihn erlassenen Stadtratsbeschlusses das deutsche Vaterland wieder betreten durfte“, und drohte für den Fall, daß nicht binnen acht Tagen Remedur geschaffen würde, die Angelegenheit „bis in die äußersten Konsequenzen zu verfolgen“. Der Rektor ließ den Denunzianten glatt abfallen, er erklärte in seiner Antwort, Henrici habe „gegen die einfachsten Regeln der Versammlungs-sitten verstoßen“ und habe kein Recht, sich zu beklagen. Die sächsische Regierung hat sich zu einer Entscheidung bisher noch nicht aufgeschwungen, ihr ist offenbar der Fall recht schwierig.

In Sachsen geschlagen, verlegte nun Henrici das Feld seiner denunziatorischen Tätigkeit nach Berlin. Unter Aufsicht von sechzehn konservativ-antidemokratischen Abgeordneten veranstaltete er dort am letzten Freitag eine Studentenversammlung, zu der auch eine vom Rektor bevollmächtigte offizielle Vertretung der Leipziger Universität erschien, um sich gegen die Beschuldigungen Henricis zu verteidigen. Als nun die Leipziger nach Henricis Vortrag, der aus Wiederholungen seiner bekannten Denunziationen bestand, das Wort zur Entgegnung verlangten, wurde ihnen dieses verweigert. Erst sollten die Vertreter der Berliner „nationalen“ Studentenschaft zu Worte kommen, und dann (etwa nach Witternacht) wollte man auch die Leipziger ihr Sprüchlein sagen lassen. Dieses von einem Teil der Versammlung gebilligte unanständige Verhalten des Bureau veranlaßte die erschienenen Berliner Freistudenten, sich unter Protest zu erheben. Die Versammlung ging dann unter wüstem Lärm weiter, der Sprecher der Leipziger, Dr. Roth, der infolge eines Kompromisses nun doch als vierter Redner zu Worte kam, wurde durch Zwischenrufe und Gelächter unterbrochen, erhielt aber zum Schluß doch starken Beifall. Der „Beifall“ der Berliner nationalen Redner wird am besten wohl durch den Ausdruck eines von ihnen gekennzeichnet: „Auf der Universität müssen wir lernen, deutlich zu sein; alles andere ist doch nur Kram, um sich und seine Familie durchzubringen.“ Eine wunderbare Wertung der Wissenschaft! Ein anderer, der Vertreter des Vereins deutscher Studenten, leistete sich folgende Anklage gegen die Freie Studentenschaft: „Die Freie Studentenschaft setzt bewußt das Toleranzprinzip an die Spitze, damit kann man aber keine nationale Arbeit leisten.“ Ein dritter Redner denunzierte einige von ihm mit Namen genannte Führer der Freien Studentenschaft wegen ihrer wirklichen oder angeblichen Sinnlosigkeit zur Sozialdemokratie, und als er die Aufhebung des Sozialistengesetzes erwähnte, piepften einige noch im Stimmwechsel befindliche Jünglinge: „Leider!“ Im weitem Verlauf der Versammlung klang die Stimmung stark ab, einem großen Teil der jungen Leute schien doch die Erkenntnis leise aufzukämmern, daß sie sich höchst albern und unwürdig betragen hatten; nur ein Teil der Schreier blieb bis zum Schluß unentwegt. Dieser Teil aber besteht aus einer desto angenehmeren Sorte: er ist das würdige Produkt preuhischer Gesinnungszucht, die wahre Blüte der herrschenden Klassen und dem Bonner Vorurteilum ganz offenbar nahe geistesverwandt. Nur mit Grauen kann man daran denken, daß diese Würschchen in ein paar Jahren als Richter und Beamte auf das deutsche Volk losgelassen werden sollen!

Jetzt sind auf Betreiben der Henrici und Genossen Vorträge der Genossen Viebucht und Südekum in Jena und in Halle verboten worden. Die nationale Gesinnung liegt also auf der ganzen Linie, und es bleibt, wie es immer gewesen ist: Der akademisch gebildete Deutsche darf nicht erfahren, was die Sozialdemokratie ist, denn das könnte ihn am Ende hindern, sie zu verurteilen!

Wie zu dieser Angelegenheit mitgeteilt wird, ist der Rektor der Universität Leipzig, Professor Lamprecht, am Sonnabend zu einer Aussprache beim Kultusminister Dr. Wed gewesen. Ebenso wird in den nächsten Tagen der Kreispräsident von Leipzig als Regierungskommissar der Universität über die Angelegenheit eine Unterredung mit dem Kultusminister haben. Nach dieser Unterredung will der Minister seine Entscheidung treffen. Man darf darauf einigermassen gespannt sein.

Deutsches Reich.

Arbeitskammer und Arbeitersekretäre.

Im Reichsbote läßt sich ein Mitarbeiter wieder einmal im Schwärmen gegen die Sozialdemokratie. Die Regierung dürfe in keinerlei Weise den Sozialdemokraten entgegenkommen. In der Versicherungsordnung müsse mit der Selbstverwaltung der Arbeiter in den Kassen radikal ein Ende gemacht werden; die Regierung dürfe unter keinen Umständen auf die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre zu den Arbeitskammern eingehen.

Selbstamerweise tritt der Reichsbote seinem Mitarbeiter in der letzteren Forderung entgegen. Er schreibt: „Gegen erscheint uns die Ablehnung der Arbeitersekretäre für die Arbeitskammern bedenklich, weil die Arbeiter diese Maßregel als eine Schädigung ihrer Interessen ansehen werden, zumal es den Arbeitgebern gestattet sein soll, ihre Beamten als ihre Vertreter in die Kammen